Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau für die Schweiz : Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes

Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund

Band: 23 (1931)

Heft: 4

Artikel: Die Stellung der Arbeiter-Internationale zur Wirtschaftskrise [Schluss]

Autor: [s.n.]

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-352497

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 12.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Die Stellung der Arbeiter-Internationale zur Wirtschaftskrise.

(Schluss.)

Kartelle und Monopole.

Während der letzten Jahre ist der Prozess der Ausschaltung der freien Konkurrenz und ihrer Ersetzung durch Kartelle, Trusts und ähnliche Organisationen innerhalb des Kapitalismus in beschleunigtem Tempo vorangeschritten. Demzufolge beherrschen jetzt die monopolistischen Organisationen wichtige Märkte, und sie sind entscheidende Faktoren geworden in der Bestimmung der Produktionsmenge, der Güterverteilung und der Preisfestsetzung. Obwohl diese Entwicklung in einigen Ländern weiter vorangeschritten ist als in andern, und obwohl sie vielerlei Formen angenommen hat, stellt sie doch eine Tendenz dar, die in allen Industrieländern zu verzeichnen ist. Die monopolistische Organisation überschreitet auch bereits die nationalen Grenzen, denn internationale Kartelle und Konzerne gewinnen ständig an Bedeutung.

Die Errichtung von vollkommenen oder teilweisen Monopolstellungen auf allen Gebieten der Industrie verstärkt die Machtstellung der zusammengeschlossenen kapitalistischen Gruppen und bedeutet, sofern sie sich ungehindert auswirken kann, eine schwere Gefahr für die Arbeiterschaft und für die Verbraucher im allgemeinen. Auf der andern Seite muss anerkannt werden, dass die Entwicklung der industriellen Zusammenschlüsse einen Schritt in der Richtung zu einer fortgeschrittenen Stufe der kapitalistischen Wirtschaft darstellt, und dass die monopolistischen Organisationen einen Ansatzpunkt bedeuten können für eine Entwicklung zur planmässigen Regelung der Wirtschaft, wie sie die Arbeiterschaft im Sozialismus anstrebt. Deshalb kann die Arbeiterschaft sich nicht allgemein gegen eine ökonomische Entwicklung wenden, die die Tendenz hat, die freie Konkurrenz zu beschränken, sondern sie muss die öffentliche Kontrolle und Führung der monopolistischen Organisationen fordern. Diese Forderung wird besonders dringlich, weil die Preispolitik der monopolistischen Organisationen sehr oft geeignet ist, die Wirtschaftskrise zu verschärfen und damit zu vergrösserter Arbeitslosigkeit zu führen. Um dem entgegenzuwirken, werden folgende Forderungen aufgestellt:

1. Monopolistische Zusammenschlüsse aller Art sollen unter die Kontrolle der Oeffentlichkeit gestellt werden durch öffentliche Einrichtungen, an denen die Gewerkschaften und die Konsumgenossenschaften mitzuwirken haben.

2. Die Ueberwachung der Preisbildung soll eine der Aufgaben dieser öffentlichen Kontrolleinrichtungen sein.

3. Für die internationalen Kartelle und Trusts ist eine internationale Ueberwachung zu fordern, und um die praktischen Schwierigkeiten der internationalen Kontrolle zu verringern, soll diese Aufgabe einem dem Völkerbund angegliederten Organ übertragen werden. Die Mitarbeit des Internationalen Gewerkschaftsbundes und der internationalen Genossenschaftsbewegung ist dabei unbedingt zu sichern, wie immer die Kontrolle ausgeübt werden mag.

4. Als eine notwendige Vorstufe für eine wirksame Kontrolle der Monopole und Kartelle ist national wie international die weitestgehende Publizität in bezug auf die Finanz- und Wirtschaftsgebarung der monopolistischen Organisationen notwendig, und sie muss auf dem Wege der internationalen Vereinbarungen erzwungen werden.

Beziehungen der Agrarkrise zur Industriekrise.

Die Agrarkrise ist nicht eine allgemeine Krise der Landwirtschaft. Charakter und Verlauf der Krise sind in den einzelnen Zweigen der Agrarwirtschaft verschieden. Sie sind anders in der Vieh- und Milchwirtschaft, im Weinbau, und anders in der Produktion von Getreide und von agrarischen Rohstoffen (Baumwolle, Gummi, Zucker, Kaffee usw.). Selbst gleichartige oder ähnlich gestaltete Zweige der Landwirtschaft sind verschieden krisenempfind-

lich, je nach den besonderen Produktionsverhältnissen und den Handelsbeziehungen.

Als Hauptursachen der Agrarkrise sind zu betrachten: die Ausdehnung der Anbauflächen, die starke technische Umwälzung der agrarischen Produktions- und Hilfsmittel (Maschinen, Geräte, Düngemittel), der Ersatz organischer durch synthetische Rohstoffe.

Die Agrarkrise ist nicht die Ursache der Industriekrise, diese wird aber durch die Agrarkrise verschärft. Das Zusammenfallen von Agrar- und Industriekrise bedeutet eine Verschärfung und Verlängerung beider.

Eine besondere Schwierigkeit für die Landwirtschaft ist aus dem wachsenden Auseinandergehen der Preise der Agrar- und Industrieprodukte (die Preisschere) entstanden. Im allgemeinen sind die Rohstoffpreise beweglicher als die Preise der Fertigprodukte. Das Ergebnis ist eine Schwächung der Kaufkraft der landwirtschaftlichen Bevölkerung. Die Schwierigkeiten für die Industrie werden dadurch noch gesteigert.

Während der Produktenerlös in der Landwirtschaft in vielen Fällen auf oder unter das Preisniveau der Vorkriegszeit gesunken ist, stehen die Konsumpreise infolge einer unrationellen Organisation der landwirtschaftlichen Produktenverteilung erheblich über diesem Niveau. Die Folge ist eine Schwächung der Kaufkraft der Konsumenten und dadurch die Erschwerung des Absatzes landwirtschaftlicher Erzeugnisse.

Durch eine Rationalisierung der Landwirtschaft (Flurbereinigung, Ausbau der landwirtschaftlichen Einkaufsgenossenschaften, gemeinschaftlicher Erwerb gewisser landwirtschaftlicher Maschinen usw.) ist eine Senkung der Produktionskosten, durch Qualitätsverbesserung eine Steigerung der Absatzmöglichkeiten herbeizuführen. Auf diese Weise wird das Gleichgewicht zum Rationalisierungsprozess in der Industrie hergestellt.

Die Verbesserung der Verkaufsorganisationen ist anzustreben durch die Förderung der landwirtschaftlichen Verwertungsgenossenschaften und Schaffung sowie Ausbau enger Verbindungen mit der Konsumgenossenschaftsbewegung.

Der Kampf gegen die industriellen Hochschutzzölle und gegen die übersetzten Kartellpreise vermag der landwirtschaftlichen Bevölkerung weitere Erleichterungen zu verschaffen.

Agrarische Hochschutzzölle sind nicht das geeignete Mittel, um der Landwirtschaft zu helfen. Sie belasten stets einen Teil der bäuerlichen Bevölkerung (Klein- und Mittelbauern, Landarbeiter), sie schränken den Absatz von landwirtschaftlichen Produkten ein, ziehen industrielle Schutzzölle nach sich, die wiederum die Landwirtschaft belasten, stören den internationalen Handel und verschärfen dadurch die allgemeine Krise.

Die Schaffung staatlicher Handelsmonopole, insbesondere des Getreidemonopols, vermag in wirksamer Weise die Interessen der Landwirtschaft zu schützen und den Gegensatz zwischen der landwirtschaftlichen Bevölkerung und den städtischen Konsumenten zu mildern.

Zollpolitik, Protektionismus, Dumping.

Der Protektionismus ist nach dem Kriege bedeutend verschärft und ausgedehnt worden. Die meisten Staaten haben die Zölle weit höher festgesetzt als vor dem Kriege. Die Schutzzölle sind mit anderen, zum Teil noch gefährlicheren Methoden des Protektionismus verbunden worden. Neue Staaten sind entstanden, die ihren Warenaustausch mit den Gebieten, mit denen sie früher politisch und wirtschaftlich verbunden gewesen sind, durch hohe Schutzzollmauern behindern. Militärische Erwägungen veranlassen die Staaten, durch exzessive protektionistische Politik neue Industrien, die im Kriegsfalle Bedeutung haben, ohne Rücksicht auf ihren Friedensbedarf an den Erzeugnissen dieser Industrien, aufzuzüchten.

Die Krise der Weltwirtschaft hat diese protektionistischen Tendenzen noch wesentlich verschärft. Die Staaten versuchen es, sowohl die Industriekrise als auch die Agrarkrise mit protektionistischen Methoden zu bekämpfen. Selbst in

den Ländern, die bisher am Freihandel festgehalten haben, sind protektionistische Tendenzen erstarkt.

Die Industrien, die sich auf dem inneren Markte hinter Schutzzöllen verschanzen oder die besondere Exportpläne geniessen, werfen ihre Produkte, die sie bei den durch die Zölle garantierten hohen Preisen auf dem inneren Markte nicht absetzen können, zu Schleuderpreisen auf den Weltmarkt. Durch das massenhafte Dumping wird der Weltmarkt desorganisiert. Begünstigen die Zölle das Dumping, so führt die Desorganisation des Weltmarktes durch die Dumpingpreise zu neuen Bestrebungen nach erhöhten Zöllen.

Alle diese Erscheinungen haben bisher schon die internationale Wirtschaftskrise empfindlich verschärft. Wenn die Zölle immer mehr erhöht werden und wenn auch die Länder, die bisher noch am Freihandel festgehalten haben, in den Wettkampf der Zölle hineingezogen werden, so wird die Lage der Weltwirtschaft noch weiter verschlechtert werden.

Angesichts dieser Gefahr sind organisierte internationale Anstrengungen zur Bekämpfung des exzessiven Protektionismus und insbesondere zum Abbau der Zollmauern eine unabweisbare Notwendigkeit.

Die Kommission erklärt daher:

1. Es ist Pflicht der Arbeiterbewegung in allen Ländern, den stärkstmöglichen Druck auf ihre Regierungen auszuüben, damit sie die in Genf abgeschlossene Konvention über den Zollwaffenstillstand unverzüglich ratifizieren.

2. Es ist Pflicht der Arbeiterbewegung in allen Ländern, den stärkstmöglichen Druck auf ihre Regierungen auszuüben, damit sie den Vorschlag der britischen Arbeiterregierung, Konventionen über die Herabsetzung der Zölle für einzelne Warengruppen abzuschliessen, aufnehmen, und, sobald die Verhandlungen über solche Konventionen beginnen, die Haltung ihrer Regierungen in diesen Verhandlungen wachsam zu beobachten und ihren ganzen Einfluss auszuüben, damit diese Verhandlungen zu positiven Ergebnissen, zu möglichst weitgehender Herabsetzung der Zölle führen.

3. Die internationale Arbeiterbewegung fordert die internationale Zusammenarbeit unter Führung des Völkerbundes und der Internationalen Arbeitsorganisation oder in einer anderen geeigneten Form, mit dem Ziel, an die Stelle des jetzt herrschenden, durch den wirtschaftlichen Nationalismus hervorgerufenen Chaos eine planmässige Ordnung der Weltwirtschaft zu setzen.

Geld und Kredit.

Die Politik der Notenbanken übt nicht geringen Einfluss auf die wirtschaftliche Entwicklung der einzelnen Länder.

Hat in den ersten Jahren nach dem Kriege die Inflation in vielen Ländern die Arbeiterklasse verelendet, so hat später in einigen Ländern eine deflationistische Politik schwere wirtschaftliche Erschütterungen hervorgerufen.

In Ländern, in denen die Stabilisierung der Währungen auf einem Kurse erfolgt ist, der höher war als es der Kaufkraft des Geldes im Inlande entsprach, haben die Notenbanken auf die Preise und damit auch auf die Produktion einen empfindlichen Druck geübt, um dieses Missverhältnis aufzuheben.

Hat in den ersten Jahren nach dem Kriege die Inflation die Arbeiter verelendet, so hat später eine deflationistische Politik die Gläubigerklassen auf Kosten der Produktion bereichert und damit die Wirtschaftskrise und die Arbeitslosigkeit verschärft. Wo dies geschieht, ist die Einstellung der deflationistischen Politik eine Voraussetzung der Ueberwindung der Wirtschaftskrise.

Allerdings ist eine Notenbankpolitik, die die Kaufkraft des Geldes auch nur relativ stabil zu erhalten versuchte, nicht erreichbar, solange jede einzelne Notenbank isoliert die Wechselkurse stabil zu erhalten hat. Wäre eine Geld- und Kreditpolitik, die sich zur Aufgabe setzte, die Kaufkraft des Geldes stabil zu erhalten, in vollkommener Weise nur bei einer einheitlichen internationalen Währung und nur durch eine Vereinheitlichung des Notenbankwesens der Welt möglich, so kann selbst jene sehr unvollkommene Stabilisierung der Kaufkraft des Geldes, die heute schon, bei Fortbestand der nationalen Währungen, denkbar wäre, nur durch ein sehr enges Zusammenwirken der Notenbanken ermöglicht werden.

Ein solches Zusammenwirken der Notenbanken allein würde es ermöglichen, die übermässige Goldanhäufung in einzelnen Ländern zu bekämpfen und für eine gleichmässigere Verteilung des Goldes in der Weltwirtschaft zu sorgen. Sie würde die Kapitalflucht, die gerade kapitalarmen Ländern Kapital entzieht und dadurch die Krise verschärft, einzudämmen ermöglichen.

Eine solche auf die planmässige Bekämpfung der Wirtschaftskrisen gerichtete Notenbankpolitik würde in jedem Falle die Demokratisierung der Notenbanken, das heisst: ihre wirksame Kontrolle durch die Regierungen und die Mitwirkung von Vertretern der Arbeiterorganisationen an ihrer Leitung voraussetzen. Eine Voraussetzung einer solchen Notenbankpolitik ist ein Zustand gesicherten Friedens und eine Atmosphäre des Vertrauens zu der friedlichen und demokratischen Entwicklung in allen Staaten.

Aus diesen Erwägungen ergäben sich folgende Forderungen:

1. Demokratisierung der Notenbanken.

2. Intensivierung der internationalen Zusammenarbeit der Notenbanken und Verwandlung der B. I. Z. in ein Organ enger Kooperation der Notenbanken.

3. Einstellung aller deflationistischen Politik der Notenbanken.

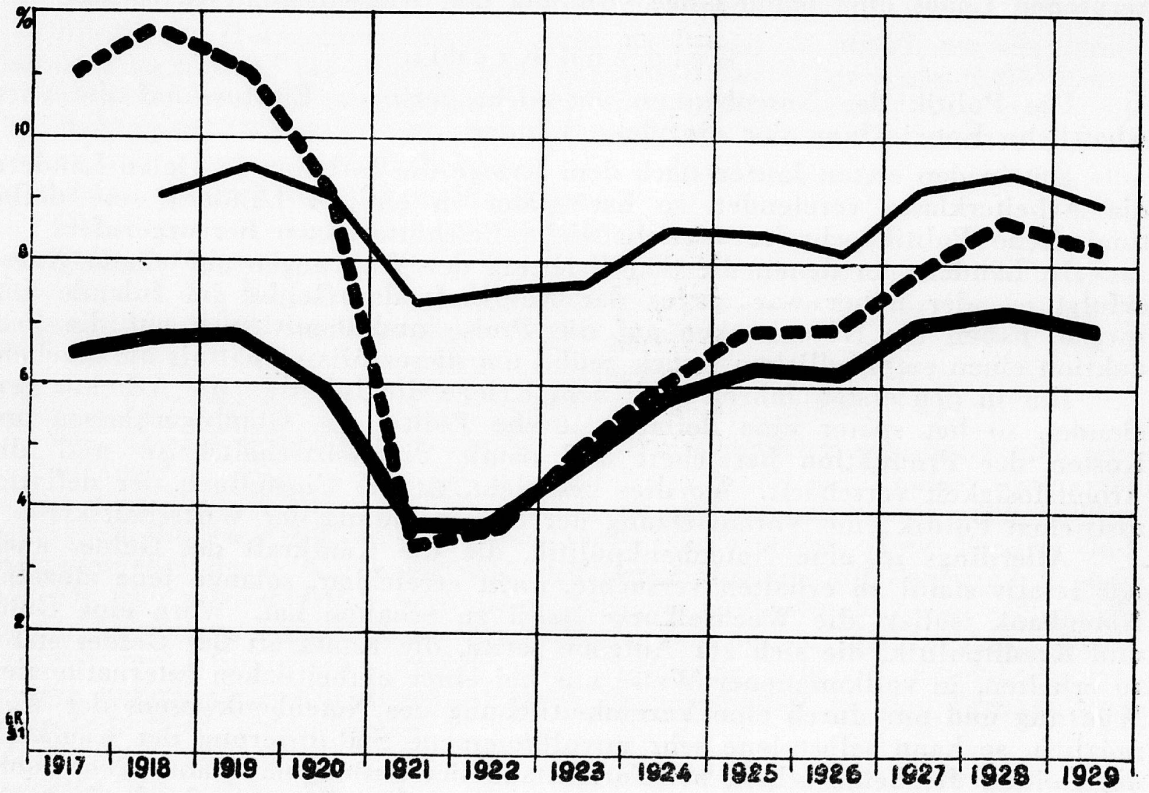
4. Eine internationale Kreditpolitik der Notenbanken zu dem Zweck der gleichmässigen Verteilung des Goldes in der Weltwirtschaft und zur Eindämmung der Kapitalflucht.

Wirtschaft.

Die Dividenden im Jahre 1929.

Geringer Rückgang der durchschnittlichen Dividende von 7,2 auf 7,0 Prozent, das ist das Hauptergebnis der Dividendenstatistik 1929. Es war ein Jahr, in dem die Schweiz noch sehr gute Konjunktur hatte; allerdings setzte in der zweiten Hälfte die Weltwirtschaftskrise ein, so dass vereinzelte Unternehmungen

Die Dividenden schweizerischer Aktiengesellschaften 1917—1929.



Dividende aller Gesellschaften.
Dividende der Industriegesellschaften.
Dividende der Dividenden verteilenden Gesellschaften (ohne dividendenloses Kapital).